

# Ausbaufähige Integration

POLITIK & GESELLSCHAFT / ANNETTE WELSCH

Es sind Bilder einer furchtbaren Verzweiflung, die den Westen erreichen, wenn Menschen sich an Flugzeuge klammern, um Afghanistan noch rechtzeitig verlassen zu können. Menschen, die sich trotz 20 Jahren Krieg und vieler Fehler der westlichen Alliierten die Hoffnung machten, in Freiheit, Würde und Gleichheit, mit Bildung und Chancen ein akzeptables Leben in ihrem Land führen zu können. Sie flüchten vor der Taliban-Diktatur und ihrer strengen Scharia, vor einem drohenden Bürgerkrieg, aber auch vor einer schweren Dürre und Hungersnot.

Während die westlichen Staaten derzeit noch damit beschäftigt sind, möglichst alle ihre Landsleute, Ortskräfte und Afghanen mit Ausreisegenehmigung auszufliegen, muss gleichzeitig aber auch die Frage beantwortet werden, wie man den im Land verbleibenden Menschen helfen kann, die unter der neuen Situation dort leiden werden: Ob weiter Geld in die Entwicklungshilfe fließen sollte und wie, damit es auch bei ihnen ankommt, und wie für die Sicherheit von Journalisten, medizinischem Personal, Frauenrechtlerinnen, Schriftstellern und Ingenieuren gesorgt werden kann. Denn all jene aus Afghanistan herauszuholen, die einen sozialen, politischen und kulturellen Unterschied zu fundamentalistischem und mittelalterlichen Vorstellungen machen, spielt den Taliban auch in die Hände. Afghanistan darf nicht vergessen werden, nur weil eine neue Welle von Flüchtlingen wieder einmal humanitäre Debatten auslöst, die alles überschatten.

In der EU ist der Streit darüber, wer die Flüchtlinge aus Afghanistan aufnehmen soll, bereits in vollem Gange. Wie gewohnt konnte sich bislang auf kein gemeinsames Vorgehen geeinigt werden und wie gewohnt wird Luxemburg zu den Ländern in der EU gehören, die Verantwortung gegenüber Geflüchteten übernehmen. Bevor aber die sozialen Medien wie gewohnt wieder überkochen, sei daran erinnert, dass im Jahr 2020 Zypern mit 8 446 Flüchtlingen je einer Million Einwohner die meisten Asylbewerber

aufnahm. Luxemburg lag mit 2 068 an vierter Stelle in der EU, der Durchschnitt betrug 932. Das Großherzogtum ist weit davon entfernt, Europameister der Länder zu sein, die Menschen auf der Flucht vor Krieg und Diktatur und auf der Suche nach Freiheit und Chancen unbegrenzt willkommen heißen. Geflüchteten Zuflucht zu gewähren, reicht alleine aber auch nicht aus. Man muss ihnen auch Perspektiven bieten. Denn es gibt Asylsuchende, die einen sicheren Hafen suchen, bis sie wieder in ihr Herkunftsland zurückkehren können. Die Erfahrung zeigt aber, dass die meisten eine Zukunft im Aufnahmeland suchen. Wenn man aber drei Jahre und mehr beengt in einer Flüchtlingsunterkunft leben muss, die als vorübergehende Lösung gedacht ist, bis vielleicht ein Arbeitsplatz und eine Wohnung gefunden sind, wenn man immer wieder zu Sprachkursen geschickt wird, ohne die Möglichkeit zu bekommen, die neuen Sprachen auch im Alltag zu festigen, fehlen diese Perspektiven. Die Integration in den Arbeits- und auf dem Wohnungsmarkt ist ein Schlüsselfaktor, daran muss auch hierzulande noch hart gearbeitet werden.

**Kontakt:** [annette.welsch@wort.lu](mailto:annette.welsch@wort.lu) Mehr auf Seite 2-5